



## Gute Arbeit – Gute Löhne

Wer Angst und Verunsicherung bekämpfen will, muss den Menschen soziale Sicherheit bieten. Viele, vor allem junge Menschen, hangeln sich von einem befristeten Job zum nächsten oder finden nur in Leiharbeit eine Beschäftigung. Wir wollen gute Arbeitsverhältnisse, mit denen alle ihre Zukunft planen können, und wir wollen, dass die Berufe, die vor allem von Frauen ausgeübt werden, aufgewertet und besser bezahlt werden. Es kann nicht sein, dass Frauen über 20 Prozent weniger als Männer verdienen.

Wer bessere Arbeitsbedingungen durchsetzen möchte, braucht Ideen und einen langen Atem. Beides haben wir. Beim Mindestlohn haben wir zusammen mit Gewerkschaften und Verbänden jahrelang Druck gemacht – mit Erfolg! Jetzt gilt es, den gesetzlichen Mindestlohn schnell auf 12 Euro pro Stunde zu erhöhen.

Wir wollen die Arbeitszeit verkürzen und streben die 30-Stunden-Woche an. Eine Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich wirkt der Massenerwerbslosigkeit entgegen, und die Menschen haben mehr Zeit für kulturelle Entfaltung und demokratische Beteiligung.

## Niemand darf in Armut leben

Niemand soll im Alter in Armut leben müssen, alle sollen die Chance auf einen Lebensabend in Würde haben. Wir wollen Menschen, die nicht ausreichend in die Rentenversicherung einzahlen konnten – hauptsächlich betrifft dies Frauen –, eine gesetzliche Mindestrente von 1.050 Euro geben. Aber die Rente muss nicht nur vor Armut schützen, sondern auch den Lebensstandard sichern. Deshalb muss das Rentenniveau wieder auf das Niveau angehoben werden, auf dem es vor der Rentenkürzungspolitik von Schröder und Merkel war.

Armut, von der sehr stark alleinerziehende Frauen betroffen sind, ist auch eine Folge von Billiglöhnen und des Hartz-IV-Sanktionssystems, das die Menschen zwingt, schlecht bezahlte Jobs anzunehmen. Statt Hartz IV brauchen wir eine sanktionsfreie Mindestsicherung von 1.050 Euro, um allen Menschen ein Leben in Würde und ohne Angst vor Sanktionen zu gewähren.



## Für Solidarität und gegen rechte Hetze

Viele Menschen sind in den vergangenen Jahren nach Deutschland geflohen. Das wirft Fragen auf: Können wir alle integrieren? Gibt es genügend Wohnungen oder Arbeitsplätze, wo doch steigende Mieten und fehlende Arbeitsplätze schon jetzt für viele Menschen ein großes Problem sind? Wir sagen: Diese Fragen sind berechtigt. Aber die Gründe für diese Sorgen liegen in einer Politik, die seit Jahrzehnten die Reichen reicher, die Mittelschicht kleiner, die Armen ärmer gemacht und die öffentliche Daseinsvorsorge abgebaut hat. Wir sagen: Wer menschlich ist, hilft Menschen in Not. Rassismus und Ausländerfeindlichkeit nehmen wir nicht hin. DIE LINKE stellt sich rechter Hetze konsequent entgegen. Wir stehen für eine offene Gesellschaft. Wir machen uns stark für soziale Gerechtigkeit und für gleiche Rechte für alle Menschen, die hier leben. Wir sagen klar und deutlich: Unsere Alternative heißt Solidarität.

## Eine gute Gesundheitsversorgung für alle

Gesundheit kann teuer werden. Immer mehr Menschen können sich die Zuzahlungen nicht mehr leisten. Ärmere Menschen kann man wieder an ihren Zähnen erkennen. Die klaffende Schere zwischen Arm und Reich spiegelt sich sogar in der Lebenserwartung wider: Arme sind nicht nur öfter krank, sie sterben im Durchschnitt auch früher als Reiche. Eine gute Gesundheitsversorgung für alle ist aber möglich. Dafür brauchen wir eine solidarische Bürgerinnen- und Bürgerversicherung in Gesundheit und Pflege, in die alle einzahlen – auch die Abgeordneten und die Top-Verdiener.

In Krankenhäusern und Altersheimen herrscht Pflege-notstand. Immer weniger Beschäftigte müssen immer mehr Patientinnen und Patienten versorgen. Die Folge: Mehr Stress beim Personal, fehlende Zuwendung, mangelnde Hygiene bis hin zu mehr Unfällen. Deshalb fordern wir eine gesetzliche Personalbemessung, um den Personalnotstand zu bekämpfen. Krankenhäuser gehören für eine bedarfsgerechte Finanzierung in öffentliche Hand.



## Geld ist genug da – aber ungerecht verteilt

DIE LINKE fordert eine soziale Offensive für alle, die endlich auch die Reichen und die Steuerflüchtlinge ins Steuer- und Sozialversicherungssystem integriert. Weltweit besitzen 62 Familien mehr als die untere Hälfte der Weltbevölkerung. Auch in Deutschland besitzen die oberen 10 Prozent zwei Drittel des gesamten Vermögens, während die untere Hälfte sich gerade einmal mit einem Prozent zu begnügen hat. Wir fordern deshalb eine Millionärssteuer, eine Reform der Einkommenssteuer, die Jahreseinkommen ab 70.000 Euro belastet und die Einkommen darunter entlastet, sowie eine Steuer auf Vermögen ab einer Million Euro. Das sind notwendige Schritte, um die soziale Schieflage zu beseitigen und die öffentliche Infrastruktur (Krankenhäuser, Schulen, Verkehrswege) wieder zukunftsfähig zu machen – und es würde zeigen: Eine solidarische Gesellschaft ist machbar.

## Für mehr Demokratie

Konzerne und Super-Reiche nehmen immer dreister Einfluss auf politische Entscheidungen. Wir wollen den Vorrang der Demokratie vor der Wirtschaft. Denn Demokratie heißt nicht »Geld regiert die Welt«, sondern dass die Menschen in friedlichen Verhältnissen entscheiden können. Demokratie lebt davon, dass wir uns am Arbeitsplatz ohne Angst vor Jobverlust für unsere Interessen einsetzen können und dass unsere Arbeitszeiten im Lohnerwerb und zu Hause so gestaltet sind, dass wir genügend Freiräume haben für Muße, Familie und politisches oder soziales Engagement. Demokratie lebt davon, dass Eingewanderte keine Bürgerinnen und Bürger zweiter Klasse sind und dass wir ohne Angst verschieden sein können. Demokratie bedeutet, dass wir auch bei Dissens gemeinsam an Lösungen arbeiten.

Wir sind überzeugt von der Demokratie und wollen sie stärken, z. B. durch Volksentscheide auf Bundesebene, klare Richtlinien und eine Beschränkung des Lobbyismus sowie durch ein Verbot von Unternehmensspenden an Parteien.



## Wohnung und Energie bezahlbar machen

Die Anzahl der Sozialwohnungen sinkt, die Mieten steigen, und immer mehr Menschen werden verdrängt. Zu wenig bezahlbarer Wohnraum für mittlere und untere Einkommensgruppen – vor allem in den Ballungsräumen – ist das Ergebnis jahrelangen politischen Versagens der Bundesregierung. Wir brauchen ein Sofortprogramm für sozialen Wohnungsbau. Die Mietpreisbremse der Bundesregierung ist ein Witz! Wir brauchen eine wirksame Mietpreisbremse, die Mieten flächendeckend begrenzt und weitere Privatisierungen stoppt.

Nicht nur die Miete, auch Energie muss bezahlbar sein. Mit der Einführung von Sozialtarifen wollen wir Haushalten mit geringem Einkommen helfen. Aber es braucht auch eine ökologische Wende. Um bezahlbare Energiepreise zu gewährleisten, müssen wir aus der fossil-atomaren Energiewirtschaft aussteigen und zu einer Energieversorgung aus erneuerbaren Energien in Trägerschaft der Kommunen und der Bürgerinnen und Bürger bei gleichzeitiger Energiesparsamkeit kommen.



## Gute Bildung für alle

Das bestehende Bildungssystem verschärft und zementiert soziale Unterschiede, statt für mehr Gerechtigkeit zu sorgen. DIE LINKE will, dass jedes Kind die gleichen Chancen hat. Doch davon ist das deutsche Bildungssystem weit entfernt. Die Herkunft, die finanzielle Situation und der Bildungsstand der Eltern entscheiden zunehmend über die Zukunft der Kinder. Die frühe Zuteilung von Bildungschancen durch ein gliederndes Schulsystem wollen wir überwinden. DIE LINKE steht für ein soziales Bildungssystem: Das reicht vom Recht auf einen Kitaplatz für jedes Kind und dem längeren gemeinsamen Lernen über den garantierten Ausbildungsplatz bis hin zu einem gebührenfreien Studium. Statt sozialer Ausgrenzung soll das Miteinander modernes Lernen bestimmen.



## Ein Europa für alle

Frieden, Demokratie, Wohlstand und sozialer Ausgleich waren der Kern der europäischen Idee. Eine Idee, die nicht erst seit der Finanz- und Wirtschaftskrise im Jahr 2008 von der Politik verraten wird. Statt eine Umstrukturierung des Bankensektors vorzunehmen, die die Banken für ihre Zockereien haften lässt, oder europaweite Steuern auf Finanzgeschäfte zur Bezahlung der Spekulationsverluste einzuführen, wurden souveränen Mitgliedsstaaten der EU Sparprogramme auferlegt, die einen Abbau von Sozialstaat und Demokratie bedeuten. Aus der europäischen Idee wurde eine von Banken und Konzernen beherrschte EU. Aber viele Probleme – ökologische, soziale und ökonomische – lassen sich nicht mehr im nationalen Rahmen lösen. Ein Rückzug in den Nationalstaat ist deshalb keine Alternative. Ein Zerfall der EU birgt vielmehr die Gefahr eines weiteren Aufstiegs nationalistischer und rechtspopulistischer Kräfte. Wir setzen dieser Gefahr die Idee und die Bewegung einer sozialen und demokratischen Neubegründung Europas entgegen.



## Krieg ist kein Mittel der Politik

DIE LINKE wendet sich gegen Krieg, Aufrüstung und Militarisierung. Wir sind solidarisch mit allen, die weltweit für Frieden, Abrüstung und globale Gerechtigkeit eintreten. Zu Kriegseinsätzen der Bundeswehr haben wir bisher immer Nein gesagt und werden das auch in Zukunft tun.

Auslandseinsätze der Bundeswehr helfen nicht beim zivilen Wiederaufbau oder bei humanitären Krisen. Der Auftrag der Bundeswehr ist auf die Landesverteidigung und die Katastrophenhilfe zu beschränken. Das militärische Potenzial Deutschlands – und der EU – wollen wir begrenzen.

DIE LINKE fordert zivile Konfliktvermeidung und -lösung als Alternative zu Kriegseinsätzen, deshalb wollen wir in die Entwicklungszusammenarbeit und die zivile Krisenprävention investieren. Abrüstung und ein Verbot aller Massenvernichtungswaffen gehören wieder auf die internationale Tagesordnung. Rüstungsexporte müssen verboten werden. DIE LINKE will erreichen, dass die Stationierung von Atomwaffen in Deutschland beendet wird.

## Geschichte und Struktur der Partei DIE LINKE

Am 16. Juni 2007 gründete sich in Berlin die Partei DIE LINKE aus der Linkspartei.PDS und der Wahllalternativen für Arbeit und Soziale Gerechtigkeit (WASG). So entstand aus zwei Parteien mit unterschiedlichem Hintergrund, aber ähnlichen Zielen, eine gesamtdeutsche linke Alternative. DIE LINKE hat über 60 000 Mitglieder, die in 16 Landesverbänden und rund 350 Kreisverbänden organisiert sind. Etwa 37 Prozent der Mitglieder sind Frauen – damit hat DIE LINKE einen Spitzenplatz im Vergleich aller Bundestagsparteien. DIE LINKE ist Teil der Europäischen Linken, die ein Zusammenschluss von 33 europäischen Parteien ist. Zwei gleichberechtigte Vorsitzende stehen an der Spitze der LINKEN: Katja Kipping und Bernd Riexinger. Bundesgeschäftsführer ist Jörg Schindler. Der 44-köpfige Parteivorstand entscheidet zwischen den Parteitag über politische und organisatorische Fragen.

## Mitmachen!

Sie möchten DIE LINKE unterstützen? Sie möchten Europa mitgestalten? Wir suchen Träumer, Idealistinnen und Idealisten und notorische Weltverbesserer. Aber auch Pragmatikerinnen und Pragmatiker und Realistinnen und Realisten. Bei uns kann jede und jeder sein wie sie oder er ist, bei uns können Sie aktiv werden und selber mitbestimmen. Wir brauchen Ihren Sachverstand, Ihre Überzeugung und Ihre Ideen. Bei uns können Sie auch einfach nur Mitglied sein. Es gibt Alternativen: Für Frieden, Chancengleichheit, soziale Gerechtigkeit und Demokratie! Das erfordert Mut, aber was wäre unsere Welt ohne Idealismus?

**Mitglied werden:** [mitglied.die-linke.de](http://mitglied.die-linke.de)  
**Hotline:** 030/24 00 95 55

Oder unterstützen Sie uns mit einer Spende.  
**Online spenden:** [spenden.die-linke.de](http://spenden.die-linke.de)  
Partei Vorstand der Partei DIE LINKE  
IBAN: DE38 1009 0000 5000 6000 00  
BIC: BEVODE33, Berliner Volksbank eG  
Stichwort: Spende  
Bitte geben Sie Name und Adresse an. Auf Wunsch stellen wir eine Spendenbescheinigung aus.



Unseren wöchentlichen Newsletter können Sie abonnieren unter [newsletter.die-linke.de](http://newsletter.die-linke.de).

**Kontakt:**  
Partei DIE LINKE  
Kleine Alexanderstraße 28  
10178 Berlin  
Telefon 030/24 00 99 99

V.i.S.d.P. Jörg Schindler

- Ich möchte mehr Informationen über DIE LINKE bekommen.
- Ich möchte Mitglied der Partei DIE LINKE werden.

Frau  Herr  Name, Vorname

\_\_\_\_\_  
Straße, Hausnummer

PLZ \_\_\_\_\_ Ort \_\_\_\_\_

Telefon \_\_\_\_\_

E-Mail \_\_\_\_\_

Ausfüllen und per Post an oben stehende Adresse oder per Fax an 030/24 00 94 80 senden. Weitere Informationen finden Sie auch im Internet.

Die Angaben werden von der Partei DIE LINKE in ihrer Bundesgeschäftsstelle und den Gliederungen entsprechend den Bestimmungen der EU-Datenschutzgrundverordnung verarbeitet und nur zum angegebenen Zweck bis zum Widerruf dieser Einwilligung verwendet. Weitere Hinweise zur Datenverarbeitung und Ihren Rechten unter [www.die-linke.de/datenschutz](http://www.die-linke.de/datenschutz)

[www.die-linke.de](http://www.die-linke.de)



[www.die-linke.de](http://www.die-linke.de)

Das ist  
DIE LINKE.

# Ich liebe DIE LINKE!

## **DIE LINKE.**

Das zu sagen, erfordert Mut und große Gefühle.  
Genauso, wie notorisch an eine bessere Welt zu glauben.  
Aber was wäre unsere Welt ohne Idealismus?

[www.die-linke.de](http://www.die-linke.de)